



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 135 / 2014

Kiel, Donnerstag, 20. März 2014

Verkehr / Nord-Ostsee-Kanal

Christopher Vogt: Die Landesregierung darf der Bundesregierung das Schneckentempo am Kanal nicht durchgehen lassen

In seiner Rede zu TOP 17 (Ausbau des NOK vorantreiben) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Über die zwingende Notwendigkeit der Sanierung und des Ausbaus des Nord-Ostsee-Kanals muss ich an dieser Stelle nicht mehr viele Worte verlieren. Die jahrzehntelange Vernachlässigung dieser Infrastruktur durch den Bund ist ein negatives Musterbeispiel dafür, wie sehr die immense Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für die Wettbewerbsfähigkeit und damit für die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten unseres Landes fatalerweise aus dem kollektiven Bewusstsein der Verantwortlichen herausgerückt ist. Der Handlungsbedarf am Kanal ist nun zum Glück immerhin wieder im öffentlichen Bewusstsein der Norddeutschen angekommen und auch in Berlin scheint der Kanal kein Geheimtipp mehr zu sein.

Von daher war der Kanal vor der Bundestagswahl auch völlig zu Recht zu einem Dauerthema hier im Landtag geworden, obwohl der Einfluss dieses hohen Hauses auf diese bundeseigene Wasserstraßeninfrastruktur ja leider sehr limitiert ist. Vor allem die Sozialdemokraten sind in Gestalt von Dr. Ralf Stegner und Torsten Albig bei diesem Thema zu verbaler Höchstform aufgelaufen, aber seitdem sie in der Großen Koalition in Berlin sitzen, sind sie auffällig still geworden.

Immerhin hat sich der neue Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt nun relativ früh in dieser Legislaturperiode am Kanal blicken lassen, um damit zu dokumentieren, dass nun alles irgendwie besser und er sich kümmern werde. Er will vor allem die kommunikativen Fehler seines Amtsvorgängers offenbar nicht wiederholen und hat

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

angekündigt, dass die Personalausstattung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung noch einmal kritisch überprüft und die Realisierung der fünften Schleusenammer in Brunsbüttel auch bei eventuell höheren Kosten nicht in Frage gestellt werde. Das ist ja schon mal was, insofern begrüßen wir das gern, aber das ist letztlich auch das Mindeste, was wir von ihm erwartet haben. Für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Kanals reicht das aber noch lange nicht. Anders als sein Vorgänger hat der neue Bundesverkehrsminister ja bei seinem Besuch keinen Spaten geschwungen und vollmundige Erklärungen abgegeben. Er hat einfach überhaupt keine Erwartungen erweckt, was eine zügige Sanierung der Schleusen und den weiteren Ausbau des Kanals angeht. Warme Worte, verständnisvolle Blicke und ein beinahe pastoraler Auftritt des Ministers helfen niemandem weiter. Das mag politisch geschickt sein – seine Chefin macht es seit Jahren vor – dem Norden hilft dies am Ende aber nicht.

Es bleibt ein Trauerspiel, welches die neue Bundesregierung hier abliefern wird. Noch vor wenigen Monaten lobten sich Herr Dr. Stegner und der Ministerpräsident dafür, dass der Kanal eine wichtige Rolle im verkehrspolitischen Teil des schwarz-roten Koalitionsvertrages spiele. Sie sind nun aufgerufen, der neuen schwarz-roten Bundesregierung das Schnecken tempo am Kanal nicht durchgehen zu lassen. Der Ministerpräsident sollte weniger Zeit damit verbringen, sich bereits über den Wahlsieg 2017 zu freuen. Er ist jetzt gefordert, sich mit aller Kraft für den Ausbau des Kanals einzusetzen. Dann hätte er im Erfolgsfall vielleicht sogar halbwegs realistische Chancen.

Es gibt viel nachzuholen. Der Norden braucht endlich einen konkreten Fahrplan für den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, der angesichts des hohen Investitionsbedarfs eines Sonderprogramms des Bundes bedarf. Der Bund muss zudem das benötigte Fachpersonal zur Verfügung stellen und sollte sich auch dazu durchringen, die vom Bundesministerium selbst vorgeschlagene, vom Landtag geforderte und vom Landeswirtschaftsministerium auch zum Ministerbesuch angekündigte Verwaltungsvereinbarung zum Kanalausbau zwischen dem Bund und dem Land zu unterzeichnen. Weitere Verzögerungen sind auch mit Blick auf die internationale Reputation des Kanals und des Wirtschaftsstandortes nicht akzeptabel.

Der Änderungsantrag der Koalition zu unserem Antrag macht deutlich, dass die Kollegen Schulze, Tietze und Meyer wirklich Humor haben. Sie haben unseren Antrag einfach kopiert und mit leicht veränderter Wortwahl als Änderungsantrag eingebracht. Bis auf den etwas schleimigen Dank an die eigene Landesregierung sind die Anträge inhaltlich identisch. Angesichts dieser Tatsache hätte man bei der Koalition ja auf die Idee kommen können, dass man unserem Antrag beitreten könnte. Wie auch immer: Damit sie unserem Antrag trotz ihres lustigen Änderungsantrages zustimmen können, bitte ich darum, die Anträge zu eigenständigen Anträgen zu erklären.“